

Wenn dieser Newsletter nicht korrekt angezeigt wird, klicken Sie bitte [hier](#).



Anna Anding

Stellv. Pressesprecherin
Telefon (05 11) 30 30 - 41 18
Telefax (05 11) 30 30 - 48 54
Mobil (0151) 42 64 38 21
anna.anding@lt.niedersachsen.de

www.cdu-fraktion-niedersachsen.de
facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds
www.youtube.com/cdufraktionnds

Pressemitteilung vom 14.06.2012

Nummer: 210/2012

Klare: Schulflucht in die Region - Hannovers Schüler haben keine Chance auf Oberschule

Hannover. Mit mindestens 213 Einrichtungen im ganzen Land bilden die Oberschulen ab dem Schuljahr 2012/2013 neben den Gymnasien die zweite tragende Säule des niedersächsischen Schulwesens. Einzige Ausnahme: die Landeshauptstadt. „Hannover verfügt über keine einzige Oberschule und das, obwohl mehrere Schulen die Umwandlung beantragt haben“, kritisiert der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Karl-Heinz Klare. Die Oberschule sei bereits ein voller Erfolg, das zeigten die Rückmeldungen aus den Schulen. „Die Oberschule ist eine hervorragend ausgestattete Schulform, die sich bereits in ganz Niedersachsen etabliert hat. Umso unverständlicher ist es, dass Hannoveraner Schüler ins Umland ausweichen müssen, um eine Oberschule besuchen zu können.“

Die Schulflucht in die Region zeige deutlich, dass die rot-grüne Stadtratsmehrheit mit ihrer einseitigen Sicht am Elternwillen vorbei entscheide. „Viele Eltern schicken ihre Kinder auf Oberschulen jenseits der Stadtgrenzen“, so Klare. Das sei ein deutliches Zeichen, was sich die Eltern wünschten: „Eine Schule mit integrativen Ansätzen und einem ausgefeiltem pädagogischem Konzept für so-ziales und leistungsorientiertes Lernen.“

Dass die rot-grüne Ratsmehrheit in Hannover eine grundsätzliche und nicht nachvollziehbare Abneigung gegen die Oberschule hege, zeigt sich Klare zufolge am deutlichsten am Beispiel einer Umfrage aus dem Jahr 2011. Im September hatte die Stadt Hannover eine Elternumfrage in Auftrag gegeben, um den Bedarf an weiteren Plätzen an Integrativen Gesamtschulen (IGS) zu ermitteln. Insgesamt wurden laut Statistik 16.301 Eltern befragt. „Angeblich haben sich 55 Prozent für die IGS ausgesprochen. Diese Angaben sind schlichtweg falsch. Tatsächlich wollten 5721 Eltern die IGS. Nach meiner Rechnung sind das nur 35 Prozent“, betonte Klare. „Zudem wurden die Eltern lediglich zu ihren Wünschen die IGS betreffend befragt. Andere Schulformen standen nicht zur Auswahl.“ Trotzdem habe die Stadt das Ergebnis der Befragung zum Anlass genommen, weitere IGS-Plätze zu schaffen. „Diese Fixierung auf eine bevorzugte Schulform ist nicht länger hinnehmbar“, betonte Klare. Deshalb habe der Arbeitskreis Kultus der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion für das Juni-Plenum in der kommenden Woche eine kleine Anfrage zu dem Thema eingereicht. „Wir wollen wissen, wie die Landesregierung zu der eindeutigen Bevorzugung der IGS in Hannover steht“, sagte Klare. „Unserer Ansicht nach sollten die Eltern gemeinsam mit ihren Kindern entscheiden, welche Schulform für sie die richtige ist, nicht die Stadt.“



Pressemitteilung als PDF anzeigen